Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

An die
Mitglieder des Rates
der Stadt Bergisch Gladbach

nachrichtlich:
an die Fraktionsgeschäftsstellen,
den Verwaltungsvorstand I und II,
die Fachbereiche 1-8,
die Stabstellen und
das Rechnungsprüfungsamt

Allgemeine Verwaltung und
Verwaltungssteuerung
Rathaus Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
Sachbearbeiterin: Helga Monheim
Zimmer: 35
Telefon 02202/142245
Telefax 02202/14702245
Internet: http://www.bergischgladbach.de
E-mail: H.Monheim@.stadt-gl.de
24.03.2011

Ratssitzung am 29.03.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie angekündigt, erhalten Sie anliegend die überarbeitete Fassung der Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 29.03.2011, in der die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie des Haupt- und Finanzausschusses eingefügt sind (**Anlage 1**). Die Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Zu **TOP A 9 – Anträge zur Realisierung des Autobahnanschlusses an die A 4 -** wurde ein gemeinsam verfasster Resolutionstext der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vorgelegt, den ich Ihnen als **Anlage 2** übersende. Außerdem ist eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. / BfBB zum Thema **Tabakwerbung auf öffentlichen Flächen** eingegangen, die Ihnen mit der Antwort der Verwaltung ebenfalls überreicht wird (**Anlage 3**).

Mit freundlichen Grüßen

Lutz Urbach

Anlagen

Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 29.03.2011

(in der Fassung vom 25.03.2011)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind – bis auf einige Ausnahmen – keine Vorlagen beigefügt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigefügt.

II. Tagesordnung

A **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.

2 **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 14.12.2010 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 14.12.2010 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0075/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Evtl. Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich vortragen.

5 **Beteiligungsbericht 2008**
Vorlage: 0114/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

6 **Jahresabschluss der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2008**
Vorlage: 0122/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

7 **Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2010 in das Haushaltsjahr 2011 im Kernhaushalt**
Vorlage: 0132/2011
Der Haupt- und Finanzausschusses hat in der Sitzung am 24.03.2011 dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE. /BfBB bei Enthaltung der SPD folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2010

in das Haushaltsjahr 2011 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage wird zugestimmt.

8 Übertragungen von Ermächtigungen im Erfolgs- und Vermögensplan aus dem Haushaltsjahr 2010 in das Haushaltsjahr 2011 für den Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach
Vorlage: 0060/2011
Der Infrastrukturausschuss hat die Mitteilungsvorlage in der Sitzung am 23.02.2011 zur Kenntnis genommen.

9 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 und Antrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2010 zur Realisierung des Autobahnanschlusses an die A4 über die Bahndammtrasse
Vorlage: 0045/2011
Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 01.03.2011 mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDitiative folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 und der Antrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2010 zur Realisierung des Autobahnanschlusses an die A 4 über die Bahndammtrasse werden mit der Maßgabe angenommen, für die Ratssitzung am 29.03.2011 eine von beiden Fraktionen redaktionell überarbeitete gemeinsame Resolution vorzulegen.

Die von beiden Fraktionen redaktionell überarbeitete gemeinsame Resolution wird den Ratsmitgliedern zusammen mit der Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 29.03.2011 in der Fassung vom 25.03.2011 übersandt.

10 Neuorganisation der SGB II-Aufgabenwahrnehmung, Information über den Sachstand
Vorlage: 0025/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

11 Kampagne "Fairtrade-Towns"
Vorlage: 0088/2011
Der Haupt- und Finanzausschusses hat in der Sitzung am 24.03.2011 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt sich an der Kampagne „Fairtrade-Towns“ und bewirbt sich um den Titel „Fairtrade-Stadt“. In den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse sowie in den Büros des Verwaltungsvorstandes werden nur fair gehandelter Kaffee und Tee und fair gehandelte Säfte ausgeschenkt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine lokale Steuerungsgruppe zu bilden und darauf hinzuwirken, dass die Kriterien für den Titel „Fairtrade Stadt“ zeitnah erfüllt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Teilnahme am Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ vorzubereiten.

12 Stadtteil- und Sozialraummanagement Bergisch Gladbach / Netzwerk Gronau - Hand Förderprogramm des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) "Teilhabe ermöglichen - Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut"
Vorlage: 0004/2011
Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 02.03.2011 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Sozialraummanagement vom Stadtteil Gronau –

Hand auf den Wohnpark Bensberg auszuweiten und ein stadtweit orientiertes Netzwerk gegen Kinderarmut zu entwickeln.
2. Die Bewerbung um eine Förderung durch den Landschaftsverband Rheinland aus dem Programm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ wird nachhaltig unterstützt.

13 Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Organisationsstruktur und Steuerung, Projekte 2011
Vorlage: 0657/2010

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 01.03.2011 einstimmig bei einer Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgenden Beschluss gefasst:

Die Vorlage wird an die nachfolgenden Fachausschüsse sowie den Rat zur Entscheidung überwiesen.

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 02.03.2011 dem Rat mehrheitlich gegen eine Stimme von DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung gegeben:

1. Der Organisationsstruktur und der Steuerung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft durch Politik und Verwaltung wird zugestimmt.
2. Die für 2011 vorgesehenen Projekte und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft werden begrüßt.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ist dieser Beschlussempfehlung an den Rat in der Sitzung am 22.03.2011 mehrheitlich gegen eine Stimme von DIE LINKE./BfBB gefolgt.

Zudem wurde in den die Vorlage vorberatenden Ausschüssen aus den Reihen der Ausschussmitglieder die Anregung gegeben, unter Ziffer 4. der Sachdarstellung der Vorlage folgende Änderung (unterstrichen dargestellt) vorzunehmen:

„(...) Im Steuerungskreis wirken mit die Fraktionen und Gruppierungen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach jeweils mit zwei Personen (möglichst unter Berücksichtigung der Mitglieder in den vorgenannten Ausschüssen), (...).“

14 HSK Maßnahme 4.400.3, Schülerspezialverkehre
Vorlage: 0121/2011

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 22.03.2011 dem Rat einstimmig bei zwei Enthaltungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes Möglichkeiten zu prüfen, den Schülerspezialverkehr aus Oberkülheim und Löhe in einem verringerten Umfang aufrecht zu halten.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist dieser Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig in der Sitzung am 24.03.2011 gefolgt.

15 Anmietung einer Bewegungshalle für die VHS
Vorlage: 0097/2011

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 22.03.2011 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Anmietung der Bewegungshalle der VHS Bergisch Gladbach wird zugestimmt. Der Beschluss der HSK-Maßnahme 4.430.1 "Kostenreduzierung für VHS-Bewegungshalle" durch Abmietung des Mehrzweckraumes, Verlagerung des Bewegungsangebotes in städtische Hallen" vom 14.12.2010 wird wie dargestellt modifiziert.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist dieser Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig in der Sitzung am 24.03.2011 gefolgt.

16 Einwohnerfragestunde
Vorlage: 0096/2011
Die Einwohnerfragen wird der Bürgermeister in der Sitzung beantworten.

17 Regulierung des Wasserstandes durch Installation einer Pumpstation im Zaubersee in Refrath
Vorlage: 0027/2011
Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat in der Sitzung am 17.02.2011 dem Rat einstimmig bei einer Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgende ergänzte Beschlussempfehlung gegeben:

Es wird vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde zur beabsichtigten Bereitstellung der Investitionsmittel von 61.000,- EUR sowie der jährlichen Folgekosten von ca. 4.500,- EUR für Unterhaltung und Wartung und der erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnis beschlossen, im Zaubersee in Refrath eine Pumpstation mit Druckleitung zum Saaler Mühlenbach zu installieren und den Wasserpegel auf 70,3 m über NN zu halten.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 24.03.2011 dieser ergänzten Beschlussempfehlung an den Rat einstimmig gefolgt.

18 Bundeseinheitliche Behördennummer D115
Vorlage: 0093/2011
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 24.03.2011 dem Rat einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und KIDitiative folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Rat stimmt der Fortführung des einheitlichen Behördenrufs D115 zu und erteilt der Verwaltung die Ermächtigung zum Abschluss einer entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadtverwaltung Köln.

19 Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über die Durchführung des Rettungsdienstes in Odenthal sowie über die notärztliche Versorgung in Overath, Rösrath und Kürten
Vorlage: 0119/2011
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 24.03.2011 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

1. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises und dem Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach über die Durchführung des Rettungsdienstes im Gebiet der Gemeinde Odenthal durch den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die notärztliche Versorgung in den Städten Overath und Rösrath sowie in der Gemeinde Kürten durch den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

20 Aufhebung des Handlungsrahmens für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates
Vorlage: 0011/2011
Der Integrationsrat hat in der Sitzung am 15.02.2011 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Rat hebt den Handlungsrahmen für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates auf.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann ist in der Sitzung am 01.03.2011 einstimmig dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 24.03.2011 ebenfalls einstimmig dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

21 Änderung der Richtlinien zur Förderung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 0043/2011
Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 02.03.2011 dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Rat beschließt die geänderten Richtlinien zur Förderung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in der der Vorlage als Anlage 4 beigefügten Fassung.

22 VII. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach
Vorlage: 0131/2011
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 24.03.2011 dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und LINKE. /BfBB bei Enthaltung der KIDitiative folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die VII. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

23 III. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung
Vorlage: 0586/2010
Der Vergabeausschuss hat in der Sitzung am 09.02.2011 zunächst folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB: Ziffer 1.4 der Vergabeordnung erhält folgende Fassung: „Bei Beschaffungsvorgängen sollen von den betreffenden Organisationseinheiten im Rahmen der geltenden Vergabebestimmungen und der bestehenden Möglichkeiten auch umweltbezogene, innovative und soziale Aspekte berücksichtigt werden.

(Einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, in dieser Formulierung den Passus „und der bestehenden Möglichkeiten“ zu streichen und ansonsten einem Vorschlag der SPD-Fraktion zu folgen, statt der Formulierung „sollen (...) berücksichtigt werden“ die Formulierung „sind (...) zu berücksichtigen“ zu verwenden, lehnte der Ausschuss gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB zuvor mehrheitlich ab.)

Einvernehmlich:

Unter Ziffer 3.2 Buchstabe a) der Vergabeordnung wird die Formulierung „Firmen“ durch die Formulierung „Anbieter“ ersetzt.

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP:
Unter Ziffer 3.2 Buchstabe b) der Vergabeordnung wird die Zahl „75.000,- EUR“ zunächst abgeändert auf „50.000,- EUR“. Die Verwaltung möge in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses darlegen, welche Auswirkungen eine solche Wertgrenzenreduzierung im Hinblick auf den Arbeits- und Zeitaufwand hätte. Eine endgültige Entscheidung über diese Wertgrenze obliegt dann dem Haupt- und Finanzausschuss (bzw. anschließend dem Rat).

Einen Antrag der SPD-Fraktion, die Wertgrenzen für den IT-Bereich unter Ziffer 3.3 Buchstaben b) und d) der Vergabeordnung nicht anzuheben, lehnte der Ausschuss gegen die Stimmen der SPD mehrheitlich ab.

Zudem wurde der Hinweis gegeben, dass unter den Ziffern 3.2 und 3.3 der Vergabeordnung die Formulierung „Aufschreibung“ durch die Formulierung „Ausschreibung“ ersetzt werden müsse.

Sodann gab der Vergabeausschuss dem Rat einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende modifizierte Beschlussempfehlung:

Der III. Nachtrag zur Änderung der städtischen Vergabeordnung wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung unter Berücksichtigung der empfohlenen Änderungen beschlossen.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 24.03.2011 der Beschlussempfehlung des Vergabeausschusses die Wertgrenze in Ziffer 3.2 Buchstabe b) der Vergabeordnung auf 50.000 EUR herabzusetzen, **nicht** gefolgt. **Im Übrigen** empfiehlt er dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE. /BfBB der Beschlussempfehlung des Vergabeausschusses zu folgen.

24 VII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach
Vorlage: 0009/2011

Der Infrastrukturausschuss hat in der Sitzung am 23.02.2011 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Rat beschließt die VII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der Vorlage.

25 Denkmalbereichssatzung innerhalb der Gartensiedlung Gronauer Wald in der Stadt Bergisch Gladbach
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
Vorlage: 0014/2011

Der Planungsausschuss hat in der Sitzung am 24.02.2011 dem Rat einstimmig folgende – entsprechend einem Hinweis der Verwaltung ergänzte – Beschlussempfehlung gegeben:

I. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Denkmalbereichssatzung vorgebrachten Anregungen der Einwender:
B 1 ---------- werden teilweise berücksichtigt
B 2 Freundeskreis Gartensiedlung Gronauer Wald werden teilweise berücksichtigt.
II. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die obere Denkmalbehörde beschließt der Rat der

Stadt Bergisch Gladbach gemäß § 2 Absatz 3 und § 5 des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG NRW) die Denkmalbereichssatzung innerhalb der Gartensiedlung Gronauer Wald in der Stadt Bergisch Gladbach.

26 Änderung Nr. 168/6197 - Am Eichenkamp - des Flächennutzungsplanes
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss der Änderung
Vorlage: 0019/2011

Der Planungsausschuss hat in der Sitzung am 24.02.2011 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

I. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Änderung Nr. 168/6197 – Am Eichenkamp – des Flächennutzungsplans gemäß § 3 Absatz 2 BauGB vorgetragenen Anregungen der Einwender sind dem Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 6197 – Am Eichenkamp – zuzuordnen.

II. Gemäß § 6 BauGB wird die Änderung Nr. 168/6197 – Am Eichenkamp – beschlossen. Der Änderung ist eine Begründung beigefügt (§ 5 Absatz 5 BauGB).

27 Bebauungsplan Nr. 6321 - Saaler Mühle -
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung
- Beschluss zum Städtebaulichen Vertrag
- Beschluss als Satzung
Vorlage: 0016/2011

Der Planungsausschuss wird in der Sitzung am 29.03.2011 die Angelegenheit beraten. Das Beratungsergebnis wird in der Sitzung des Rates bekannt gegeben.

28 Wahl der stellvertretenden Mitglieder der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH
Vorlage: 0130/2011

Die Vorlage ist beigefügt.

29 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

29.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 14.03.2011 zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen des Rates
Vorlage: 0138/2011

Die Vorlage ist beigefügt.

29.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.03.2011 zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen des Rates
Vorlage: 0139/2011

Die Vorlage ist beigefügt.

29.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 15.03.2011 zur Umbesetzung im Vergabeausschuss und zur Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern in den Verwaltungsrat der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR
Vorlage: 0140/2011

Die Vorlage ist beigefügt.

30 Anträge der Fraktionen

30.1 Anträge zur Änderung der "III. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern"

a. gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 15.02.2011
b. Antrag der FDP-Fraktion vom 15.02.2011
Vorlage: 0070/2011

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 02.03.2011 dem Rat zunächst mehrheitlich gegen eine Stimme von DIE LINKE./BfBB bei zwei Enthaltungen von Arbeiterwohlfahrt und Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Änderungsantrag 1 der Fraktion DIE LINKE./BfBB (Anlage 4 zur Vorlage) wird abgelehnt.

Daraufhin hat der Jugendhilfeausschuss dem Rat mehrheitlich gegen drei Stimmen von DIE LINKE./BfBB und SPD bei vier Enthaltungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, KIDitiative, Arbeiterwohlfahrt und Kreativitätsschule folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Der Änderungsantrag 2 der Fraktion DIE LINKE./BfBB (Anlage 4 zur Vorlage) wird abgelehnt.

Daraufhin hat der Jugendhilfeausschuss dem Rat mehrheitlich gegen zwei Stimmen von DIE LINKE./BfBB und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband bei zwei Enthaltungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Kreativitätsschule folgende Beschlussempfehlung gegeben:

1. In der „Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern" wird unter „§ 5 Schlussbestimmungen" hinter Absatz 2 ein neuer Absatz 3 eingefügt, der für die Zeit vom 01. Februar bis 31. Juli 2011 für Jahreseinkommen über 90.000,- EUR einen Nachlass von 60% auf die Erhöhung zum 01.02.2011 gewährt und eine von § 2 Absatz 2 abweichende Beitragsstaffel festlegt. (s. Anlage 6 zur Vorlage: IV. Nachtragssatzung)
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beschluss der landesgesetzlichen Regelung zur Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres aber spätestens im September 2011 einen interfraktionellen Arbeitskreis einzuberufen, um die Gestaltungsmöglichkeiten der Beitragssatzung zum 01.08.2012 – unter Berücksichtigung der Kriterien Beitragsgerechtigkeit und nachhaltige Erwirtschaftung von 19% der Betriebskosten – umfassend zu erörtern, so dass spätestens in der letzten Sitzung des Rates in 2011 ggf. eine geänderte Satzung beschlossen werden kann.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 24.03.2011 dem Rat ebenfalls die Beschlussempfehlung gegeben, den der Vorlage als Anlage 4 beigefügten Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB (Ziffer 1: mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung Bündnis 90 / DIE GRÜNEN; Ziffer 2: mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE. / BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) abzulehnen.
Ein zuvor von SPD und KIDitiative gestellter Antrag, den Rechtszustand vor der Satzungsänderung am 14.12.2010 wieder herzustellen, wurde mehrheitlich bei Ja-Stimmen von SPD, DIE LINKE. / BfBB und KIDitiative bei Gegenstimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei einer Enthaltung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN abgelehnt.

Daraufhin gab der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat einstimmig bei je einer Enthaltung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und DIE LINKE. / BfBB folgende Beschlussempfehlung:

1. Die IV. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beschluss der landesgesetzlichen Regelung zur Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres aber spätestens im September 2011 einen inter-

fraktionellen Arbeitskreis einzuberufen, um die Gestaltungsmöglichkeiten der Beitragssatzung zum 01.08.2012 – unter Berücksichtigung der Kriterien Beitragsgerechtigkeit und nachhaltige Erwirtschaftung von 19% der Betriebskosten – umfassend zu erörtern, so dass spätestens in der letzten Sitzung des Rates in 2011 ggf. eine geänderte Satzung beschlossen werden kann.

30.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB auf Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrganges 2013
Vorlage: 0063/2011

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 22.03.2011 dem Rat folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP:
Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird abgelehnt.

Mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB:
Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird abgelehnt.

Mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB:
Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird abgelehnt.

Mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, KIDitiative und DIE LINKE. /BFBB:
Ziffer 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird abgelehnt.

Mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB:
Ziffer 5 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird abgelehnt.

Bei Eintritt in die Beratungen wies die stellvertretende Vorsitzende des ABKSS daraufhin, dass der Ausschuss abschließend über den Antrag insgesamt abstimmt habe.
Der Haupt- und Finanzausschuss hat dem Rat in der Sitzung am 24.03.2011 folgende Beschlussempfehlungen gegeben.
Beschlussgrundlagen waren die Beratungsergebnisse des ABKSS.
Zu Ziffer 1:
Die Beschlussempfehlung des ABKSS wurde bei Stimmengleichheit (Ja-Stimmen von CDU, KIDitiative und Bürgermeister, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. /BfBB) abgelehnt.
Zu Ziffer 2:
Die Beschlussempfehlung des ABKSS wurde bei Stimmengleichheit abgelehnt.
Zu Ziffer 3:
Der Haupt- und Finanzausschuss folgte mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB der Beschlussempfehlung des ABKSS, den Antrag abzulehnen.
Zu Ziffer 4:
Der Haupt- und Finanzausschuss folgte mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB der Beschlussempfehlung des ABKSS, den Antrag abzulehnen.
Zu Ziffer 5:
Der Haupt- und Finanzausschuss folgte mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB der Beschlussempfehlung des ABKSS, den Antrag abzulehnen.

30.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2011 zur Erarbeitung und Umsetzung einer Dienstvereinbarung "Sucht am Arbeitsplatz"
Vorlage: 0118/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

30.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 14.03.2011 zur Prüfung eines Glasverbotes in den innerstädtischen Bereichen der Stadt Bergisch Gladbach zu Karneval
Vorlage: 0137/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

30.5 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.03.2011 zur Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern
Vorlage: 0141/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

30.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 14.03.2011 zur Erstattung des Landes für von den Kommunen zuviel gezahlten Wohngeldern
Vorlage: 0142/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

30.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 14.03.2011 zur Erhaltung oder Erneuerung der Fußgängerzone
Vorlage: 0144/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

31 Anfragen der Ratsmitglieder

31.1.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 24.02.2011 zum Schulentwicklungsplan
Vorlage: 0127/2011
Die Vorlage ist beigefügt.

31.1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 14.02.2011 zu Kostensteigerungen in zahlreichen Produktgruppen
Vorlage: 0136/2011
Die Vorlage ist beigefügt. Die Beantwortung erfolgt in der Sitzung.

31.2 Mündliche Anfragen
Eine Erläuterung erübrigt sich.

- Eingegangen -
22. März 2011

Frau Hombsch

Anlage 2

CDU-Fraktion im Rat der Stadt
Bergisch Gladbach

SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Bergisch Gladbach

22. März 2011

21. 03.2011

Antrag für die Ratssitzung am 29. März 2011 zu TOP A 9

Sehr geehrter Herr Urbach,

wir bitten Sie, die nachstehende Resolution zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 29. März 2011 zu setzen:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bekräftigt die bisherigen Beschlüsse zur verkehrlichen Anbindung über die Bahndammtrasse unmittelbar an die A 4 aus der vorherigen Ratsperiode.

Er fordert das Land auf, seiner seit vielen Jahren bestehenden Verpflichtung nachzukommen, die landesplanerisch gewollten Gewerbeflächen auch zukunftsfähig an das überörtliche Straßensystem anzubinden. Nur eine leistungsfähige Autobahnanbindung sichert die Zukunft eines erheblichen Teils der Bergisch Gladbacher Gewerbegebiete und der dort ansässigen Firmen und sorgt für eine Entlastung vorhandener überbelasteter Straßen.

Auch ein möglichst optimaler Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner bleibt Ziel der Stadt Bergisch Gladbach.

Finanzmittel sind knapp. Gleichwohl fordert der Rat der Stadt Bergisch Gladbach die Landesregierung auf, die Planungen kontinuierlich fortzuführen, um die Planfeststellung in überschaubarem zeitlichem Rahmen zu erreichen und eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Begründung:
Um dem Land auch bei der jetzigen Konstellation im Landtag zu signalisieren, dass die Realisierung des Autobahnanschlusses an die A 4 über die Bahndammtrasse auch für den neu gewählten Rat oberste Priorität besitzt, ist die Bestätigung der bisher hierzu mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse erforderlich.

Mit freundlichem Gruß

Peter Mömkes
Vorsitzender CDU-Fraktion

Klaus W. Waldschmidt
Vorsitzender SPD-Fraktion

Anlage 3

Absender
Fraktion DIE LINKE./BfBB

Drucksachen-Nr.

0152/2011

öffentlich

Anfrage

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE./BfBB

zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 29.03.2011

Tagesordnungspunkt

Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 15.03.2011 zur Tabakwerbung auf öffentlichen Flächen

Inhalt:

Mit Schreiben vom 15.03.2011, das dieser Vorlage als Anlage beigefügt ist, bittet die Fraktion DIE LINKE./BfBB um Beantwortung einer Anfrage zur Tabakwerbung auf öffentlichen Flächen in der Sitzung des Rates am 29.03.2011.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Antwort zu Frage 1.:
Die Stadtverwaltung hat mit dem bisherigen Vertragspartner, der Kölner Außenwerbung GmbH, vereinbart, dass die bestehenden Buswartehallen zunächst nicht abgebaut und von der KAW auch in 2011 gewartet und bei Beschädigungen repariert werden. Die KAW würde den Werbevertrag bis zum Jahresende zu den bisherigen Konditionen fortführen und die Pacht für die Wartehallen verdoppeln, was einer zusätzlichen Einnahme von bis zu 27.000 € entspricht. Dazu wäre aber ein Signal des Rates erforderlich, dass in 2011 von den möglichen Werbeverboten abgesehen wird. Die Verwaltung befindet sich zurzeit in Verhandlungen für einen neuen Vertrag ab 2012 und wird den zuständigen Ausschuss informieren, sobald ein Ergebnis vorliegt. Vor Abschluss eines neuen Vertrages muss der Ausschuss sowohl dem Vertragspartner als auch dem Vertragsinhalt zustimmen.

Antwort zu Frage 2.:
Die potentiellen Vertragspartner haben zwar signalisiert, dass auf Tabakwerbung verzichtet werden kann, wenn Einnahmeverluste akzeptiert werden, bislang aber noch keine konkreten Konditionen genannt. Diese werden sich vermutlich in Kürze im Zuge weiterer Verhandlungen ergeben.

Antwort zu Frage 3.:
Im Zuge des Ausschreibungsverfahrens wurde von den Bietern ein Konzept zum Jugendschutz eingefordert, das nicht zwingend einen generellen Verzicht auf Nikotinwerbung vorsah. Diese Vorgehensweise wurde im Vorfeld der Ausschreibungsveröffentlichung im Ältestenrat (Fraktionsvorsitzendenrunde) so vereinbart.

Antwort zu Frage 4.:
Diese Frage muss im Zuge des Verhandlungsverfahrens mit den Bietern erörtert werden.

Antwort zu Frage 5.:
Aufgrund der Zustimmung im Ältestenrat sah sich die Stadtverwaltung autorisiert, ein Jugendschutzkonzept einzufordern, das nicht zwingend Nikotinwerbung ausschließt. Die erforderliche Begründung, dass möglicherweise kein oder kein wirtschaftliches Angebot abgegeben wird und die Stadt mit einem Jugendschutzkonzept auch Einfluss auf Werbeflächen auf privatem Grund hat, wurde den Fraktionsvorsitzenden in schriftlicher Form vorgelegt.

Antwort zu Frage 6.:
Aus den genannten Gründen liegen keine Verstöße vor.

Antwort zu Frage 7.:
Auch diese Frage muss im Zuge des Verhandlungsverfahrens erörtert und dem Ausschuss bei seiner Beschlussfassung beantwortet werden. Ein möglicher Vorschlag wurde in der Sitzung des AUKV ja bereits eingebracht und vom Ausschuss beraten.

DIE LINKE./BfBB
STADTRATSFRAKTION BERGISCH GLADBACH

Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: 02204.609312
Mobil: 0172.2410212
Fax: 02204.609313
info@linksfraktion-GL.de
www.linksfraktion-GL.de

An den Bürgermeister
Lutz Urbach
Rathaus Bergisch Gladbach
51465 Bergisch Gladbach

- Eingegangen -
17. März 2011
1-15

23. März 2011

Original vorab an Fr. Mauhein

Bergisch Gladbach, 15.3.2011

Anfrage: Tabakwerbung auf öffentlichen Flächen

Sehr geehrter Herr Urbach,

wir bitten sie folgende Fragen der Fraktion DIE LINKE./BfBB in der **Sitzung des Stadtrats am 29. März 2011** im öffentlichen Teil unter Anfragen zu beantworten:

Seit mehr als zehn Jahren und in mehreren Beschlüssen haben die Ausschüsse des Stadtrats ein Werbeverbot für Tabakprodukte auf öffentlichen Werbeflächen beschlossen. Dieses Werbeverbot wurde immer wieder unterlaufen und bis heute nicht umgesetzt. Nun steht ein neuer Vertrag für die Vermarktung der städtischen Werbeflächen zur Diskussion. Die Beschlusslage hat sich bisher nicht geändert. Obwohl die Verwaltung verfassungsrechtlich an die Beschlüsse des Rates gebunden ist, scheint sie dieses zu ignorieren, Unsere Fragen:

1. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den Werbetreibenden Agenturen für 2011 und 2012 und folgende Jahre?
2. Welche Agenturen sind bereit ohne Tabakwerbung zu werben?
3. Wurde Tabakwerbung auf öffentlichen Flächen bei der Ausschreibung ausgeschlossen, wie es die Beschlusslage des Stadtrats seit mehreren Jahren zwingend vorschreibt?
4. Wie soll das beschlossene Tabakwerbeverbot auf öffentlichen Flächen zukünftig durch- und umgesetzt werden?
5. Warum wurde bei der Ausschreibung das Werbeverbot für den Tabak nicht als Ausschlusskriterium genannt, wie es die Beschlusslage des Stadtrats seit mehreren Jahren zwingend vorschreibt?
6. Welche disziplinarischen Maßnahmen gegen Mitarbeiter der Verwaltung und den Bürgermeister, können bei Verstößen gegen bestehende Beschlüsse ergriffen werden?
7. Wie sollen Kinder zukünftig vor den Verführungen der Tabakwerbung geschützt werden?

Mit freundlichen Grüßen,

Tomás M. Santillán
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE./BfBB